



HESSISCHER LANDTAG

24. 05. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Mieterhöhungen und unsoziale Modernisierungen bei der GWH verhindern – Geschäftspraxis der GWH grundlegend verändern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag zeigt sich besorgt über zahlreiche Berichte von Mieterinnen und Mieter der GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen (GWH) – der Immobilientochter der Hessischen Landesbank (Helaba) –, die Mieterhöhungen, gravierende Mängel im Wohnungsbestand und unsoziale Modernisierungsvorhaben beklagen.
2. Der Hessische Landtag fordert die Mitglieder der Trägerversammlung und des Verwaltungsrates der Helaba auf, kurzfristig politisch Einfluss zu nehmen, um bei der GWH – analog zur landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt – einen sofortigen Mietestopp zu erlassen sowie notwendige Instandhaltungs- und energetische Sanierungsmaßnahmen sozialverträglich und warmmietenneutral umzusetzen.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Geschäftspraxis der GWH, die gegenwärtig auf eine renditeorientierte Bewirtschaftung ihrer Wohnungen abstellt, im Sinne einer sozialen und ökologischen Wohnraumversorgung in Hessen grundlegend zu verändern.

Begründung:

In den vergangenen Monaten protestierten Mieterinnen und Mieter der GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen (GWH) in verschiedenen hessischen Städten, etwa in Frankfurt (Henri-Dunant-Siedlung) und Marburg (Richtsberg), gegen Mieterhöhungen und die unsoziale Umlage von Modernisierungskosten auf die Miete.

Die GWH beschreibt ihre Tätigkeit u.a. als eine renditeorientierte Geschäftspolitik. Diese Zielsetzung und Teile ihrer Geschäftspraxis stehen offenkundig einer sozialen Wohnraumversorgung für breite Teile der Bevölkerung entgegen.

Die GWH ist eine Tochtergesellschaft der Hessischen Landesbank (Helaba), an der wiederum das Land Hessen beteiligt ist. Angesichts der jährlichen Abführung von mittleren zweistelligen Millionenbeträgen der GWH an die Helaba (laut Geschäftsbericht zuletzt 2017: 57,9 Mio. €) werden hier Profite auf Kosten von Mieterinnen und Mietern erwirtschaftet. Als Anteilseignerin der Helaba ist die hessische Landesregierung daher gefordert, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um Einfluss auf die GWH und auszuüben und ihre Geschäftspolitik im Sinne einer sozialen und ökologischen Wohnraumversorgung in Hessen zu verändern.

Wiesbaden, 21. Mai 2019

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske